



# „Wir brauchen eine Agenda 2025“

**Reformen.** Der Industrielle Hannes Androsch sieht „ungeheuren Reformbedarf“ im öffentlichen Bereich und kritisiert fehlenden Gestaltungswillen in der Regierung.

[WIEN/JU] Eine „Agenda 2025“ zur Verbesserung der österreichischen Wettbewerbsposition verlangt der SPÖ-nahe Industrielle Hannes Androsch. Im Gespräch mit der „Presse“ sagte der frühere Finanzminister und Vizekanzler, es gehe Österreich „nicht schlecht, aber es wird uns bald schlechter gehen, wenn wir so weitermachen“. Zuletzt hätten sich wichtige Indikatoren deutlich verschlechtert, was sehr negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes habe. Österreich sei deshalb in internationalen Rankings deutlich zurückgefallen.

Auffallend sei, dass die Lohnstückkosten im Land seit sechs Jahren deutlich schneller steigen als die der Schweiz oder Deutschlands. Das hänge weniger mit überzogenen Lohnerhöhungen (die in der Krise freilich „nicht angemessen“ gewesen seien) zusammen als vielmehr mit der „abnehmenden Forschungs- und Innovationsdynamik“. Androsch: „Die Regierung hat im Herbst 2008 Milliarden aus dem Budget für Wahl-

geschenke verpulvert, aber die Forschungsausgaben gebremst“.

Androsch fürchtet, dass das die „im Vergleich zu anderen Ländern immer noch beachtliche“ industrielle Basis gefährden könnte. Zumal Österreich nicht nur zu wenig für Forschung und Innovation tue, sondern auch noch eine „verkorkte Energiepolitik“ habe, die sich darin äußere, „dass wir die höchsten Strom- und Gaspreise, aber kurioserweise die niedrigsten Treibstoffpreise noch dazu mit einer überzogenen Pendlerpauschale haben“. Da würden die falschen Anreize gesetzt.

## Chancengleichheit fehlt

Unzufrieden zeigt sich Androsch auch mit dem Bildungssystem: Deutschland habe sich in den PISA-Rankings verbessert, Österreich dagegen verschlechtert. Dem Bildungssystem fehle die Chancengleichheit, was dazu führe, dass man am unteren Ende Schulabbrecher und Sozialfälle geradezu produziere. Das Schulsystem sei, gemessen an den Ausgaben,

ebenso ineffizient wie die Familienförderung, die „hypertroph“ sei und trotzdem nicht zu einer Erhöhung der sehr niedrigen Geburtenraten führe.

Einen „ungeheuren Handlungsbedarf“ ortet Androsch im öffentlichen Sektor. Der arbeite äußerst ineffizient, was sich letztendlich auch in der Abgabenquote niederschläge. Die liege um 2,4 Prozentpunkte über dem EU-Schnitt und jedenfalls deutlich über der der Schweiz oder Deutschlands. In diesem Bereich zeigt sich der Industrielle freilich pessimistisch: „Wir scheitern hier an den bestandswahrenden Beharrungskräften unter dem Titel wohlerworbene Rechte.“ Die Folge sei eine Vernachlässigung der Zukunftsausgaben.

Die Regierung zeige „zu viel Bequemlichkeit und zu wenig Gestaltungswillen“. Und sie agiere nach dem Motto „Hier zieht mein Volk, ich muss ihm nach, ich bin sein Führer“. Das werde sich vor den Wahlen im Herbst wohl noch verschlimmern.